

Stephan Weil

Niedersächsischer Ministerpräsident

**Predigt des
niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil
in der Urbanikirche der ev.-luth. Kirchengemeinde Heersum
am 22. Januar 2017**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede,

vielen Dank für die Gelegenheit, meine Gedanken mit Ihnen zu teilen. Öffentlich zu sprechen, ist in meinem Leben keine Seltenheit. Auf einer Kanzel zu stehen und zu predigen, ist aber etwas ganz anderes. Ich bin nun einmal Politiker und kein Theologe. Expecten Sie also bitte nicht zu viel.

I.

„Wenn ich die Nachrichten schaue, bin ich hinterher verwirrter als vorher“, hat mir neulich die Teilnehmerin einer Gesprächsrunde gesagt. Wer wollte ihr das verdenken? Wir werden derzeit mit nicht enden wollenden Krisen wie in Syrien und jetzt auch in der Türkei konfrontiert. Wir erleben, dass Terrorismus und weltweite Fluchtbewegungen ihre Ursachen weit von Deutschland entfernt haben mögen, wir die Auswirkungen aber eben auch vor unserer eigenen Haustür erleben. Großbritannien tritt aus der EU aus, der neue US-Präsident ist so ganz anders als alle seine Vorgänger und das Wort des Jahres 2016 lautet „postfaktisch“. Was ja wohl so viel heißt wie „Wahrheit und Klarheit sind auf dem Rückzug“.

„Die Zeit ist aus den Fugen“, möchte man manchmal mit Shakespeare stöhnen und so wie meiner Gesprächspartnerin geht es wohl vielen Menschen, mir selbst übrigens mitunter auch.

Da kommt das Lutherjahr wie gerufen. Martin Luther war eine vielschichtige Persönlichkeit und er hat uns ein spannendes Erbe hinterlassen. Wer sich mit seinem Werk auseinandersetzt, wird aber geradezu gezwungen, sich selbst die eine

oder andere Grundsatzfrage zu stellen und darüber nachzudenken. Schon das hilft, so mein Eindruck, beim Erfassen unserer Welt.

II.

Eine dieser Grundsatzfragen betrifft den Staat und unser Gemeinwesen, genauer gesagt, unser ganz persönliches Verhältnis dazu. Wie verhält es sich damit für uns als Christen und als Bürger? Haben wir mit dem Staat überhaupt etwas zu tun? Reicht es aus, alle vier Jahre wählen zu gehen und Steuern zu zahlen oder ist da noch mehr? Womöglich sogar eine Christenpflicht?

Luther hat sich diese Frage auch gestellt, allerdings unter denkbar anderen Umständen. Zu seiner Zeit waren die Menschen ganz und gar ihren Fürsten unterworfen. Sie waren Untertanen und hatten keine Rechte, waren abhängig von der Gnade ihrer Herrscher. Martin Luther hat das in seinem Leben selbst sehr konkret zu spüren bekommen.

Vergleichen mit der damaligen Zeit haben wir heute doch vergleichsweise komfortable Umstände. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es im Grundgesetz, allein das macht einen himmelweiten Unterschied. Wir sind unserem Staat auch nicht ausgeliefert, sondern haben klar definierte Rechte, über deren Einhaltung unabhängige Gerichte wachen.

Und dennoch bleibt dieselbe Fragestellung, die sich schon Martin Luther gestellt hat. Wie halten wir es mit unserem Staat – stehen wir ihm gleichgültig gegenüber und soll er uns vor allem in Ruhe lassen, ducken wir uns vor ihm oder ist da noch mehr?

III.

Martin Luther hat darauf eine ganz eigene Antwort gegeben, die trotz aller historischen Unterschiede erstaunlich aktuell ist.

Man nennt diese Antwort die „Zwei-Regimenten-Lehre“. Diese Lehre hat kurz gesagt folgenden Inhalt:

Da ist zum einen das Reich Gottes, in dem leben die rechtgläubigen Christen. Wenn es nur diese Menschen gäbe, würde sich das Problem gar nicht stellen, denn – wie Luther sagt – „der Gerechte tut von sich aus alles und mehr, als alle Rechte fordern“. Heute würden wir wohl hinzufügen, dass es auch jenseits der Christenheit unendlich viele Menschen gibt, die sich so verhalten.

Bedauerlicherweise sind aber eben nicht alle Menschen so. Und Luther war in dieser Hinsicht auch ausgesprochen kritisch und meinte, dass „unter Tausenden kaum ein rechter Christ ist“. Wir wollen hoffen, dass der Anteil heute höher ist. Aber es gibt weiß Gott genug „Huckeduster“, wie wir in dem Hannover meiner Jugend Menschen genannt haben, die es mit anderen nicht gut meinen.

Deswegen braucht es den Staat oder wie Luther gesagt hat, das zweite, das weltliche Regiment, das für Frieden und Ordnung sorgt. Interessant ist dabei folgendes: Obwohl zu Luthers Zeiten die Menschen bloße Untertanen und nicht etwa mündige Bürger waren, erwartete Luther von den Christen, dass sie sich für den Staat engagieren. Wenn „es am Henker, Büttel – also Polizisten –, Richter, Herren oder Fürsten mangelte, und du dich geeignet dazu fändest, solltest du dich zu einem solchen Dienst erbieuten und dich darum bewerben, damit ja die notwendige Gewalt nicht verachtet und matt würde oder unterginge.“

Henker brauchen wir heute zum Glück nicht mehr, aber ansonsten ist die Luther'sche Aufforderung erstaunlich aktuell, wie ich finde.

IV.

Es gibt nämlich einen gewaltigen Unterschied zwischen dem Staat zu Luthers Zeiten und dem Staat des Grundgesetzes. Wenn man sie gefragt hätte, ob ihnen die politische Mitwirkung der Bürger wichtig sei, hätten mittelalterliche Fürsten doch wohl den Sinn dieser Frage gar nicht verstanden. Heute geht es um einen Kern unserer politischen Ordnung. Die Diktatur kommt gut ohne aktive Bürger aus, die Demokratie geht ohne aktive Bürger zugrunde. Unsere Demokratie steht und fällt damit, dass die Bürger den Staat als ihren Staat ansehen und an seiner Gestaltung mitarbeiten. Wir brauchen Wählerinnen und Wähler, die zu Wahlen gehen und Bürgerinnen und Bürger, die bei Wahlen kandidieren.

Das ist aber nicht alles. Unser Grundgesetz hat sehr präzise Vorstellungen davon, wie unsere Gesellschaft funktionieren soll. Ganz oben an steht die persönliche und politische Freiheit des Einzelnen, aber diese Freiheit ist nicht grenzenlos. Belange der Gemeinschaft, der anderen Anderen und vor allem der Schwächeren wollen wir in unserem Gemeinwesen schützen und wahren.

Natürlich kann der Staat zu diesem Zweck von hoher Hand Gesetze schaffen und immer mehr Polizeibeamte einstellen. Aber das wird nie ausreichen. Damit die hohen Ansprüche unserer Verfassung hinsichtlich eines toleranten und menschlichen Zusammenlebens tatsächlich eingehalten werden, müssen viele, viele Bürgerinnen und Bürger mitziehen. Auch deswegen ist unser Staat auf aktives Engagement angewiesen – weit über den Wahlgang und das Steuerzahlen hinaus.

Erfreulicherweise gibt es – wenn ich es recht sehe – zwischen den Vorgaben der Bibel und den Werten des Grundgesetzes keine fundamentalen Unterschiede. Das geistliche Regiment und das weltliche Regiment sind sich inhaltlich heute sehr nahe. Das erklärt auch, warum bei aller Unabhängigkeit voneinander Staat und Kirche bei uns sehr gut zusammenarbeiten. Wir wissen, was wir an einander haben.

V.

Es gibt dafür auch ein ganz aktuelles Beispiel. „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst“, heißt es in der Bergpredigt. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, steht am Anfang des Grundgesetzes. Beide weisen in die gleiche Richtung, wenn es etwa um die Einstellung gegenüber Flüchtlingen geht. Da kommen einzelne Menschen zu uns, in ihrer großen Mehrheit aus tiefer Not. Sie sind nicht in erster Linie Zahlen oder Probleme, sondern Menschen, denen wir mit Respekt begegnen sollen.

In den letzten beiden Jahren haben gerade viele Kirchengemeinden in dieser Hinsicht vorbildliches Engagement gezeigt und damit nicht nur den Betroffenen, sondern auch unserem Gemeinwesen einen großen Dienst erwiesen. Es ist mir immer wichtig, darauf hinzuweisen.

Dieses Engagement werden wir auch weiter brauchen. Vor allem auch, wenn andere Menschen wider besseres Wissen Vorurteile schüren oder stattfinden. Ich finde, es gibt so etwas wie die Pflicht zum Einmischen.

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Es zeigt, wie sehr unser Staat auf christliches Engagement angewiesen ist, und es zeigt, wie sich in unserem Staat christliches Engagement verwirklicht.

VI.

Ich hoffe, dass ich Martin Luther nicht zu nahe trete, wenn ich sage: Luther würde heute dazu aufrufen, den demokratischen Rechtsstaat laut und deutlich – so wie es seine Art war – zu verteidigen und für ihn eintreten. Er würde sich aktiv einmischen in die Politik. Das hat er auch zu seiner Zeit getan, auch wenn uns manche seiner Äußerungen heute ganz sicher nicht gefallen können. Aber diese Haltung empfiehlt sich auch in unseren Tagen und ich wünsche mir sehr, dass Christen und alle anderen, die guten Willens sind, sie sich ganz persönlich zu Eigen machen. Versuchen wir also alle so gut wie es und möglich ist, das göttliche Regiment und das staatliche Regiment einander nahe zu bringen